

21. Aug. 2007

bm:uk

zu 1265/J

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0164-III/4a/2007

Wien, 16. August 2007

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1265/J-NR/2007 betreffend Energieeffizientes Ministerium, die die Abg. Dr. Ruperta Lichtenecker, Freundinnen und Freunde am 6. Juli 2007 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Hinsichtlich des Stromverbrauchs (in MWh) in den Dienstgebäuden des Ministeriums in den Jahren 2002 bis 2006 wird auf nachstehende Tabelle verwiesen:

Jahr	EIMWh
2002	727,30
2003	783,80
2004	797,60
2005	1182,00
2006	1050,40

In Bezug auf den „Energieverbrauch Wärme“ (in MWh) ist vorweg zu bemerken, dass in den Angaben für die Jahre 2002 bis 2004 Fremdeinmietungen des Ministeriums, bei denen die Heizkosten im Rahmen der Betriebskosten abgerechnet wurden und der diesbezügliche Energieverbrauch somit nicht ausgewiesen wurde, nicht berücksichtigt werden konnten, da ein entsprechender Ausweis nur mit unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand errechenbar wäre:

Jahr	WäMWh
2002	975,42
2003	1243,17
2004	1165,71
2005	3725,40
2006	4364,50

Der Energieverbrauch für Kühlung ist nicht getrennt erfasst und daher unter „Stromverbrauch“ ausgewiesen.

Zu Fragen 3 und 4:

Im angefragten Zeitraum wurden in manchen Bereichen der Dienstgebäude Beleuchtungskörper durch neue effizientere ersetzt. Diese Maßnahmen werden bei erforderlichen Erneuerungen fortgesetzt. Thermischen Sanierungen wurden keine durchgeführt.

Zu Fragen 5 und 6:

Während das Rahmenbauprogramm 2007 bereits vorliegt, wurde das Rahmenbauprogramm 2008 noch nicht bekannt gegeben. Nach jetzigem Stand sind keine diesbezüglichen Maßnahmen vorgesehen und eine unmittelbare Einflussnahme betreffend thermische Sanierung ist aufgrund von Fremdeinmietungen nicht möglich, da dies dem Hauseigentümer (BIG, Burghauptmannschaft, sonstige Vermieter) obliegt.

Zu Fragen 7 bis 9:

Die nachgefragten Einsparungs- bzw. Investitionspotentiale können in Abhängigkeit von zahlreichen standortspezifischen Faktoren nicht abgeschätzt werden.

Die Bundesministerin:

